

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 16 | 19.04.2024

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre

Redaktionelle Leitung: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer | Univ.-Prof. Dr. Markus Vašek

I. BUNDESGESETZBLATT

[BGBl I 27/2024](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz** geändert wird (Photovoltaikanlagen, welche von der USt befreit sind, sind von der Gewährung eines Investitionszuschuss ausgeschlossen; Ausnahme gewährleistet, dass auch Betriebe die nicht von der Steuerbefreiung profitieren, weiterhin eine Förderung erhalten können)

[BGBl I 28/2024](#)

Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über einen Energiekostenzuschuss für Unternehmen (**Unternehmens-Energiekostenzuschussgesetz** – UEZG) geändert wird (redaktionelle Änderung)

[BGBl I 29/2024](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Bundes-Energieeffizienzgesetz** geändert wird (Umsetzung der EU-Richtlinie zur Energieeffizienz und zur Änderung der EU-Verordnung)

[BGBl I 30/2024](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Altlastensanierungsgesetz**, das Umweltförderungsgesetz und das Umweltkontrollgesetz geändert werden (ALSAG-Novelle 2024) (Schaffung eines eigenen altlastenspezifischen Verfahrensrechts; Erweiterung der Zweckbindung der Altlastenbeiträge für Altstandorte und Altablagerungen)

[BGBl I 31/2024](#)

Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über die Förderung von Maßnahmen in den Bereichen der Wasserwirtschaft, der Umwelt, der Altlastensanierung, des Flächenrecyclings, der Biodiversität und der Kreislaufwirtschaft und zum Schutz der Umwelt im Ausland sowie über das österreichische JI/CDM Programm für den Klimaschutz (**Umweltförderungsgesetz** – UFG) geändert wird (Anhebung des Zusagerahmens für die Förderschiene Kreislaufwirtschaft für das Jahr 2024)

[BGBl I 32/2024](#)

Bundesgesetz, mit dem **Finanzausgleichsgesetz** 2024 geändert wird (redaktionelle Bereinigungen und Klarstellungen)

[BGBI I 33/2024](#)

Bundesgesetz, mit dem zur Lösung haftungsrechtlicher Fragen bei Bäumen das allgemeine bürgerliche Gesetzbuch geändert wird (**Haftungsrechts-Änderungsgesetz** 2024 – HaftRÄG 2024) (Schaffung eines neuen § 1319b ABGB; Festlegung des Interesses am naturbelassenen Zustand des Baums als Abwägungskriterium)

[BGBI I 34/2024](#)

Bundesgesetz, mit dem die **Strafprozeßordnung** 1975, das Jugendgerichtsgesetz 1988, das Finanzstrafgesetz und das **Verwaltungsstrafgesetz** 1991 geändert werden (Klarstellungen im Hinblick auf den Zugang zu einem Rechtsbeistand und über Berücksichtigung des Kindeswohls)

[BGBI I 35/2024](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Lebenshaltungs- und Wohnkosten-Ausgleichs-Gesetz** geändert wird (zusätzliche Mittel für die Unterstützungsleistungen im Bereich Wohnen)

[BGBI I 36/2024](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Einkommensteuergesetz** 1988 geändert wird (erweiterte Möglichkeit der beschleunigten Abschreibung von Herstellungsaufwand)

[BGBI I 37/2024](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Gerichtsgebührengesetz** geändert wird (Beseitigung von Redaktionsversehen)

[BGBI II 101/2024](#)

Verordnung des Bundesministers für Inneres, mit der die Verordnung des Bundesministers für Inneres über die vorübergehende **Wiedereinführung** von **Grenzkontrollen** an den Binnengrenzen zur **Tschechischen Republik** geändert wird

[BGBI II 102/2024](#)

Verordnung des Bundesministers für europäische und internationale Angelegenheiten über die Festsetzung von Hundertsätzen für die Bemessung von **Kaufkraftausgleichszulagen** für im **Ausland** verwendete **Beamte** und Vertragsbedienstete des Bundes

[BGBI II 103/2024](#)

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Geflügelpest-Verordnung 2007 geändert wird (2. Novelle 2024 der **Geflügelpest-Verordnung** 2007)

[BGBI II 104/2024](#)

Verordnung des Bundesministers für Finanzen über das technische Format für die Übermittlung von Rechtsgrundlagen gemäß **§ 4a EStG** 1988

[BGBI II 105/2024](#)

Kundmachung des Bundesministers für Finanzen über die Aufhebung der Richtlinie der Abschlussprüferaufsichtsbehörde über die kontinuierliche Fortbildung (**APAB-Fortbildungsrichtlinie** – APAB-FRL) durch den Verfassungsgerichtshof

II. AMTSBLATT DER EU

[ABI L 2024/1069 v 16.04.2024](#)

Richtlinie (EU) 2024/1069 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. April 2024 über den **Schutz von Personen**, die sich **öffentlich beteiligen**, vor **offensichtlich unbegründeten Klagen** oder **missbräuchlichen Gerichtsverfahren** („strategische Klagen gegen öffentliche Beteiligung“)

[ABI L 2024/1083 v 17.04.2024](#)

Verordnung (EU) 2024/1083 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. April 2024 zur Schaffung eines **gemeinsamen Rahmens** für **Mediendienste im Binnenmarkt** und zur **Änderung der Richtlinie** 2010/13/EU (Europäisches Medienfreiheitsgesetz)

[ABI L 2024/1106 v 17.04.2024](#)

Verordnung (EU) 2024/1106 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. April 2024 zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1227/2011 und (EU) 2019/942 in Bezug auf einen **besseren Schutz** der Union **vor Marktmanipulation** auf dem **Energiegroßhandelsmarkt**

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

07.03.2024, [V 5/2022](#)

Krankenanstalten- und KuranstaltenG; Zurückweisung eines Parteiantrags auf Aufhebung von Bestimmungen einer Anstaltsordnung für ein öffentliches Bezirkskrankenhaus **mangels Verordnungsqualität** der **Anstaltsordnung**; keine Qualifikation der Regelungen des „inneren Betriebs“ durch eine Anstaltsordnung als generelle Akte der Hoheitsverwaltung gem dem Krankenanstalten- und KuranstaltenG; keine Qualifikation der Anstaltsordnung als VO auch hinsichtlich einer Einweisung eines Betroffenen nach dem UnterbringungsG, der Notwendigkeit der Genehmigung von Änderungen der Anstaltsordnung durch die LReg sowie der Androhung einer **Verwaltungsstrafe** bei gröblichem Verstoß gegen die Anstaltsordnung; verfassungskonforme Auslegung wegen sonstigen Verstoß gegen das staatliche Organisations- und Verantwortungssystem durch die Beleihung privater Rechtsträger mit Hoheitsgewalt bei Qualifikation der Anstaltsordnung als Verordnung

07.03.2024, [V 156/2022](#)

Krankenanstalten- und KuranstaltenG; Zurückweisung eines Parteiantrags auf Aufhebung von Bestimmungen einer Anstaltsordnung eines öffentlichen Bezirkskrankenhaus mangels Vorliegens eines **tauglichen Anfechtungsgegenstands**; Anstaltsordnung ist keine Verordnung, sondern ein Rechtsakt des Privatrechts

12.03.2024, [G 31/2024](#)

SchulunterrichtsG; kein Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz und das Rechtsstaatsprinzip durch die fünftägige Widerspruchsfrist gegen Entscheidungen der Schule im **Provisorialverfahren** nach dem SchulunterrichtsG

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

04.03.2024, [Ra 2023/06/0133](#)

Stmk BauO; **Stmk ROG**; die Definition in § 4 Z 2 Stmk BauO enthält keine Einschränkung, dass **Abstellflächen für Kraftfahrzeuge** im Freien nicht überdacht oder mit einem Schutz vor Witterungseinflüssen ausgestattet sein dürfen; eine Hagelschutznetz-Anlage stellt eine Vergrößerung der bestehenden baulichen Anlage der Höhe nach dar; der funktionale Zusammenhang

zwischen den Hagelschutznetz-Anlagen und den Stellplätzen wurde vom VwG zutreffend bejaht (bauliche Integration der Fundamente in die Abstellflächen); das VwG bestätigte den optischen Eindruck eines Gesamtbauwerks ebenso im Erkenntnis; die verfahrensgegenständlichen **Hagelschutznetz-Anlagen** stellen einen Zubau gemäß § 4 Z 64 leg cit zu den bestehenden Kfz Abstellplätzen dar, weshalb eine Versagung der beantragten Baubewilligung gestützt auf § 29 Stmk BauG iVm § 40 Abs 8 dritter Satz Stmk ROK fallbezogen nicht in Betracht kam

13.03.2024, [Ra 2023/03/0166](#)

WaffenG; was die Berechtigung zum Führen der Waffe für den Zeitraum nach der Beendigung einer **gefährlichen Tätigkeit** anbelangt, hat der VwGH bereits hingewiesen, dass infolge der dann geänderten Umstände und bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen neuerlich ein Waffenpass erwirkt werden könne, wobei die Behörde erst bei Eintritt des die aufrechte Berechtigung zum Waffenführen beendenden Falls überhaupt erst in der Lage sein werde, zu beurteilen, ob die für die Ausstellung eines Waffenpasses erforderliche besondere Gefahrenlage (noch) gegeben erscheint, um das Vorliegen eines (weiteren) Bedarfs bejahen zu können; folgt man der Darstellung des VwG, ergeben sich diese besonderen Gefahren aber nur aus seiner Tätigkeit als **Rechtsanwalt** (und Masseverwalter)

15.03.2024, [Ra 2022/02/0116](#)

StVO; **SuchtgiftVO**; nach der mittlerweile stRsp des VwGH ist für die Frage der **Beeinträchtigung durch Suchtgift** iSd § 5 Abs 1 StVO zum Zeitpunkt des Lenkens nicht von Relevanz, ob das Suchtgift etwa durch ärztliche Verschreibung oder ohne eine solche konsumiert wurde; ausschlaggebend für den Anwendungsbereich des § 5 Abs 1 StVO ist vielmehr, ob die **Fahrtüchtigkeit** des Lenkers durch die Substanz beeinträchtigt war; das verkennt das VwG, wenn es ausgehend von den Ausführungen im eingeholten amtsärztlichen Gutachten, wonach rückwirkend nicht abschließend geklärt werden könne, ob die Suchtgiftbeeinträchtigung während des Lenkens auf eine singuläre Beeinflussung durch die opioidhaltigen Medikamente bzw Cocain zurückzuführen sei; es ist somit nicht mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit festgestanden, dass sich der Mitbeteiligte zum Tatzeitpunkt in einem durch Suchtgift beeinträchtigten Zustand befunden habe

18.03.2024, [Ra 2022/02/0085](#)

KraftfahrG; **KraftfahrG-DurchführungsVO**; **VStG**; im gegenständlichen Fall ist die bei einer Übertretung des § 98 Abs 1 KFG iVm § 58 Abs 1 Z 1 lit a KraftfahrG-DurchführungsVO heranzuziehende **Strafsanktionsnorm** § 134 Abs 1 KFG; § 134 Abs 3a leg cit legt fest, wie eine Überschreitung einer ziffernmäßig festgesetzten **Höchstgeschwindigkeit** festgestellt werden kann und welcher Ort dabei als Ort der Begehung der Übertretung gelten kann; das genaue Strafausmaß, anhand dessen die Bemessung der konkreten Geldstrafe zu erfolgen hat, ergibt sich aus dieser Bestimmung nicht; sofern lediglich § 134 Abs 3a leg cit als Strafsanktionsnorm angegeben wird, ist der Spruch hinsichtlich der Strafsanktionsnorm nicht vollständig, weil mit § 134 Abs 3a leg cit keine konkrete Strafbemessung erfolgen kann; das VwG hätte daher § 134 Abs 1 leg cit als Strafsanktionsnorm heranziehen und den angefochtenen Spruchpunkten zu Grunde legen müssen

18.03.2024, [Ra 2023/06/0223](#)

VwGVG; **AVG**; aus den Feststellungen geht der **entscheidungsrelevante Sachverhalt** nicht hervor; die Ausführungen, wonach die Abstandsbestimmungen gegenüber den beschwerdeführenden Parteien eingehalten würden und hinsichtlich der Geschossflächenzahl, der Anzahl der Geschoße bzw der Stockwerke sowie den Abstandsflächen keine Verletzung der Rechte der Bf erkannt werden könnten, stellen keine **Feststellung** des Sachverhalts dar, sondern eine nicht nachvollziehbare, weil gänzlich unbegründete rechtliche Beurteilung; die entscheidungsrelevanten Ausführungen des bautechnischen Sachverständigen, auf die sich das VwG im Rahmen der rechtlichen Beurteilung wiederholt bezieht, wurden ebenfalls nicht festgestellt; die Beweiswürdigung lässt jegliche Auseinandersetzung mit dem widerstreitenden Vorbringen der revisionswerbenden Parteien vermissen

19.03.2024, [Ra 2023/02/0019](#)

TierschutzG; **AVG**; die Tierhaltung der Rw in A war zwar Ausgangspunkt in tatörtlicher Hinsicht für die dem gegenständlichen Verfahren vorangegangenen einschlägigen Anlasstaten, sie bildet aber nicht den Verfahrensgegenstand der vorliegenden Verwaltungssache, zumal sich das zu erlassende **Tierhaltungsverbot** auch nicht (ausschließlich) auf diese Tierhaltung in A bezieht; das Tierhaltungsverbot bezieht sich vielmehr auf die Person der Rw sowie deren bisheriges und zukünftiges Verhalten, unabhängig von einem bestimmten Ort; ein Tierhalteverbot gem § 39 Tierschutzgesetz bezieht sich auf das gesamte Bundesgebiet; die **örtliche Zuständigkeit** der Behörde zur Erlassung eines Tierhaltungsverbots richtet sich fallbezogen entgegen der Auffassung des VwG daher nicht nach § 3 Z 2 AVG; da auch die Bestimmung des § 3 Z 1 leg cit unstrittig nicht in Betracht kommt, richtet sich die örtliche Zuständigkeit nach § 3 Z 3 leg cit und somit nach dem Hauptwohnsitz der Rw

21.03.2024, [Ra 2024/02/0005](#)

StVO; die Ansicht des VwG, die nach Verbringung zum Zielort erfolgte **Ingangsetzung** einer elektronischen Kasse sei von der Ladetätigkeit umfasst, widerspricht der Judikatur des VwGH, weil diese Tätigkeit in keinem Zusammenhang mit dem **Ladevorgang** mehr stand; dem Umstand, dass die Inbetriebnahme elektronischer Geräte gegebenenfalls Teil der vereinbarten „Lieferung“ ist bzw eine solche durch den Übergeber notwendig ist, kommt bei der Beurteilung der Frage, ob bestimmte Handlungen als Ladetätigkeit im Sinne des § 62 Abs 1 StVO zu qualifizieren sind, hingegen keine Bedeutung zu

C. VERWALTUNGSGERICHE

LVwG Oö 21.02.2024, [LVwG-753104](#)

SicherheitspolizeiG; um Fingerabdrücke des Bf zu erlangen, hätte lediglich eine **Abfrage** der bereits **vorliegenden Daten** erfolgen können, weshalb die neuerliche Abnahme von – bekanntermaßen sich im Lauf des Lebens nicht verändernden – **Fingerabdrücken** diesem Grundsatz widerspricht

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

[18.04.2024, Rs C-195/23, Partena](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Soziale Sicherheit** – Beamte der Europäischen Union – Protokoll (Nr 7) über die **Vorrechte und Befreiungen** der Europäischen Union – **Zwingender Anschluss** an das **System** der **sozialen Sicherheit** der Organe der Union – Eine **nebenberufliche Tätigkeit** als Selbständiger ausübender Unionsbeamter – **Beitragspflicht zur Sozialversicherung** nach dem Recht des Mitgliedstaats, in dem diese Tätigkeit ausgeübt wird

[18.04.2024, Rs C-133/23, Omya CZ](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Besteuerung** von **Energieerzeugnissen** und **elektrischem Strom** – Richtlinie 2003/96/EG – Art 2 Abs 4 Buchst b fünfter Gedankenstrich – Begriff ‚**mineralogische Verfahren**‘ – Elektrischer Strom, der für die Versorgung von Maschinen verwendet wird, die für die Verarbeitung von in Steinbrüchen abgebautem Kalkstein genutzt werden

[18.04.2024, Rs C-89/23, Companhia União de Crédito Popular](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Gemeinsames Mehrwertsteuersystem** – Richtlinie 2006/112/EG – Anwendungsbereich – **Wirtschaftliche Tätigkeit** – Dienstleistungen – Art 135 – **Steuerbefreiungen** für andere Tätigkeiten – Gewährung von Krediten – Versteigerung verpfändeter Sachen – **Einheitliche Leistung** – Getrennte und selbständige Leistungen – Wesen einer Leistung als Haupt- oder Nebenleistung

[18.04.2024, Rs C-79/23, Kaszamáš](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Landwirtschaft** – Gemeinsame Agrarpolitik – **Direktzahlungsregelung** für Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe – Verordnung (EG) Nr 1122/2009 – **Regelung** über die **einheitliche Flächenzahlung** – Art 58 – In Fällen von zu viel angemeldeten Flächen anwendbare Kürzungen und Ausschlüsse – Sanktion in Fällen von zu viel angemeldeten Flächen, die 50 % der ermittelten Fläche übersteigen – **Verrechnung der Sanktion** im Verlauf der drei Kalenderjahre, die auf das Kalenderjahr der Feststellung folgen – Begriff ‚**Feststellung**‘ – Kontrollbericht, mit dem Unregelmäßigkeiten im betreffenden Beihilfeantrag festgestellt werden

[18.04.2024, Rs C-68/23, Finanzamt O \(Bons à usage unique\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Gemeinsames Mehrwertsteuersystem** – Richtlinie 2006/112/EG – Art 30a und 30b – Elektronisch gelieferte Gutscheine – **Einzweck-Gutscheine** und **Mehrzweck-Gutscheine** – Guthabekarten oder Gutscheincodes,

die für den **Erwerb digitaler Inhalte** bestimmt und mit einer **Länderkennung** versehen sind, die die fraglichen digitalen Inhalte nur in dem betreffenden Mitgliedstaat zugänglich macht

[18.04.2024, Rs C-22/23, Citadeles nekustamie īpašumi](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems zum Zwecke der **Geldwäsche** und der **Terrorismusfinanzierung** – Richtlinie (EU) 2015/849 – Geltungsbereich – Verpflichteter – Art 3 Nr 7 Buchst c – Begriff ‚**Dienstleister für Trusts oder Gesellschaften**‘ – Bereitstellung eines Sitzes – **Eigentümer einer Immobilie**, der mit juristischen Personen Mietverträge geschlossen hat – **Registrierung dieser Immobilie** als Sitz dieser juristischen Personen

[18.04.2024, verb Rs C-765/22 und C-772/22, Luis Carlos ua](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen – Verordnung (EU) 2015/848 – **Insolvenzverfahren** – **Hauptinsolvenzverfahren** in **Deutschland** und **Sekundärinsolvenzverfahren** in **Spanien** – Anfechtung des Inventars und des Gläubigerverzeichnisses, die der Verwalter im Sekundärinsolvenzverfahren vorgelegt hat – Einstufung der **Forderungen der Arbeitnehmer** – Zu berücksichtigender Zeitpunkt – Verbringen von in Spanien belegenen, zur Masse gehörenden Gegenständen nach Deutschland – **Zusammensetzung des Vermögens** eines Sekundärinsolvenzverfahrens – Zu berücksichtigende zeitliche Parameter

[18.04.2024, Rs C-716/22, Préfet du Gers und Institut national de la statistique und des études économiques II](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Unionsbürgerschaft – In einem Mitgliedstaat wohnhafter Staatsangehöriger des **Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland** – Art 20 und 22 AEUV – **Aktives** und **passives Wahlrecht** bei den Wahlen zum Europäischen Parlament im Wohnmitgliedstaat – Art 50 EUV – Abkommen über den **Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland** aus der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft – **Folgen des Austritts** eines Mitgliedstaats aus der Union – **Streichung** in den **Wahlverzeichnissen im Wohnmitgliedstaat** – Art 39 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Gültigkeit des Beschlusses (EU) 2020/135

[18.04.2024, Rs C-634/22, OT ua \(Suppression d'un Tribunal\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Werte und Ziele der Europäischen Union – Art 2 EUV – Rechtsstaatlichkeit – Art 19 Abs 1 Unterabs 2 EUV – **Unabhängiges** und **unparteiisches Gericht** – Neuorganisation der gerichtlichen Zuständigkeiten in einem Mitgliedstaat – **Abschaffung eines spezialisierten Strafgerichts** – Unzulässigkeit des Vorabentscheidungsersuchens

[18.04.2024, verb Rs C-567/22 P und C-570/22 P, Dumitrescu und Schwarz/ Kommission](#)

Rechtsmittel – **Öffentlicher Dienst** – Art 8 Abs 2 Unterabs 2 des Anhangs VII des Statuts der Beamten der Europäischen Union – **Pauschalvergütung** der **Reisekosten** vom Ort der dienstlichen Verwendung zum Herkunftsort – Verordnung (EU, Euratom) Nr 1023/2013 – Neue Berechnungsregeln – Beamte, deren **Herkunftsort außerhalb** der **Hoheitsgebiete** der Mitgliedstaaten sowie außerhalb der in Anhang II zum AEU-Vertrag genannten Länder und Hoheitsgebiete und der Hoheitsgebiete der Mitgliedstaaten der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) liegt – **Grundsatz der Gleichbehandlung**

[18.04.2024, Rs C-509/22, Girelli Alcool](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Steuerrecht – Verbrauchsteuern – Richtlinie 2008/118/EG – Art 7 Abs 4 – Entstehung des Verbrauchsteueranspruchs – **Überführung** in den **steuerrechtlich freien Verkehr** – Vollständige Zerstörung oder unwiederbringlicher Verlust einer in ein Nichterhebungsverfahren überführten Ware – Begriff ‚**unvorhersehbare Ereignisse**‘ – Von den zuständigen Behörden des Mitgliedstaats erteilte Genehmigung – **Unwiederbringlicher Verlust** aufgrund eines **nicht groben Verschuldens** eines Angestellten des zugelassenen Lagerinhabers

[18.04.2024, Rs C-359/22, Minister for Justice \(Clause discrétionnaire – Recours\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Asylpolitik** – Bestimmung des Mitgliedstaats, der für die Prüfung eines Antrags auf internationalen Schutz zuständig ist – Verordnung (EU) Nr 604/2013 – **Überstellung des Asylbewerbers** in den für die Prüfung des Antrags auf internationalen Schutz zuständigen Mitgliedstaat – Art 17 Abs 1 – **Ermessensklausel** – Art 27 Abs 1 und 3 und Art 29 Abs 3 – Art 47 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Rechtsbehelfe – **Aufschiebende Wirkung**

[18.04.2024, Rs C-605/21, Heureka Group \(Compareurs de prix en ligne\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Art 102 AEUV – **Effektivitätsgrundsatz** – Schadensersatzklagen nach nationalem Recht wegen **Zu widerhandlungen** gegen **wettbewerbsrechtliche Bestimmungen** – Richtlinie 2014/104/EU – Verspätete Umsetzung der Richtlinie – Zeitliche Geltung – Art 10 – **Verjährungsfrist** – Modalitäten des dies a quo – Beendigung der Zu widerhandlung – Kenntnis der für die Erhebung der **Schadensersatzklage** unerlässlichen Informationen – Veröffentlichung der Zusammenfassung des Beschlusses der Kommission, mit dem eine Zu widerhandlung gegen die Wettbewerbsregeln festgestellt wird, im Amtsblatt der Europäischen Union – **Bindungswirkung** eines noch nicht **bestandskräftigen Beschlusses** der Kommission – **Hemmung** oder **Unterbrechung** der **Verjährungsfrist** während der Untersuchung der Kommission oder bis zu dem Zeitpunkt, zu dem ihr Beschluss bestandskräftig wird

B. SCHLUSSANTRÄGE

[18.04.2024, Rs C-157/23, Ford Italia \(GA Sánchez-Bordona\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Haftung für **fehlerhafte Produkte** – Richtlinie 85/374/EWG – Art 3 Abs. 1 – Begriff des Herstellers – Ausdehnung der Haftung auf den Lieferanten – **Namen, Warenzeichen** oder ein **anderes Erkennungszeichen** des Lieferanten, der/das auf dem Produkt angebracht ist und der/das teilweise mit jenem des Herstellers übereinstimmt – Art 3 Abs 3 – **Haftungsbefreiung des Lieferanten** – Feststellung des Herstellers – **Nationale Vorschrift**, die dem Lieferanten die **Pflicht zur Streitverkündung** an den Hersteller in einem anhängigen Gerichtsverfahren auferlegt

[18.04.2024, Rs C-447/22 P, Slowenien/ Flašker und Kommission \(GA Rantos\)](#)

Rechtsmittel – Staatliche Beihilfen – Art 107 und 108 AEUV – Von der **Republik Slowenien** vor dem Beitritt zur Europäischen Union gewährte **Beihilfemaßnahmen** – Vorprüfungsphase – Beschluss der Europäischen Kommission, mit dem das Nichtvorliegen einer staatlichen Beihilfe festgestellt wird – Keine Eröffnung des förmlichen Prüfverfahrens – Begriff ‚**ernsthafte Schwierigkeiten**‘ hinsichtlich des Vorliegens einer Beihilfe oder ihrer Vereinbarkeit mit dem Binnenmarkt – **Umfang der Sorgfalts- und Ermittlungspflichten** der Kommission – **Beweislast der Partei**, die sich auf das Vorliegen ‚ernsthafter Schwierigkeiten‘ beruft

C. GERICHT

[17.04.2024, Rs T-2/23, Romagnoli Fratelli/ CPVO \(Melrose\)](#)

Pflanzensorten – Erteilung des **gemeinschaftlichen Sortenschutzes** für die Kartoffelsorte Melrose – Keine fristgerechte Zahlung der Jahresgebühr – **Aufhebung des Schutzes** – Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand – Bedingungen der Zustellung von Entscheidungen und Mitteilungen des CPVO

[17.04.2024, Rs T-119/23, Insider/ EUIPO - Alaj \(in Insajderi\)](#)

Unionsmarke – **Widerspruchsverfahren** – Anmeldung der Unionsbildmarke in Insajderi – Ältere nationale Wortmarke INSAJDERI und ältere nationale Bildmarke in Insajderi Gazetë online – **Relatives Eintragungshindernis** – Art 8 Abs 3 der Verordnung (EU) 2017/1001 – **Umfang** der von der **Beschwerdekammer vorzunehmenden Prüfung** – Art 27 Abs 2 der Delegierten Verordnung (EU) 2018/625 – **Nichtvorlage von Beweisen** – Übersetzung – Art 7 der Delegierten Verordnung 2018/625 – Anspruch auf **rechtliches Gehör** – Art 41 der Charta der Grundrechte – Art 94 Abs 1 der Verordnung 2017/1001 – Möglichkeit für die Beschwerdekammer, Beweismittel zu berücksichtigen, die erstmals ihr vorgelegt werden – Art 27 Abs 4 der Delegierten Verordnung 2018/625 – Art 95 Abs 2 der Verordnung 2017/1001

[17.04.2024, Rs T-388/23, Ergotopia/ EUIPO \(WellBack\)](#)

Unionsmarke – Anmeldung der **Unionswortmarke WellBack** – **Absolutes Eintragungshindernis** – Fehlende Unterscheidungskraft – Art 7 Abs 1 Buchst b der Verordnung (EU) 2017/1001 – **Gleichbehandlung**

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

Keine relevanten Entscheidungen im Berichtszeitraum.

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer, Univ.-Prof. Dr. Markus Vašek (Leitung), Univ.-Ass. Mag. Daniela Emeder, Univ.-Ass. Mag. Theresa Gierlinger, Wiss.-Mit. Anna Kneidinger, Univ.-Ass. Mag. Katharina Marx, Univ.-Ass. Mag. Julia Rauch, Dr. Simon Wischt, Univ.-Ass. Georg Wurmhöringer, LL.M..

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.